

Information gemäß Art. 13 und 14 DSGVO

Verantwortlicher:

Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie
(BMK)
Radetzkystraße 2
1030 Wien +43 1 71162 0
servicebuero@bmk.gv.at

Kontakt Datenschutzbeauftragte:

datenschutz@bmk.gv.at

Bezeichnung der Datenverarbeitung:

CITES-Datenverarbeitungsprogramm: Vollzug im Artenschutz

Zweck der Datenverarbeitung:

Warenverkehr von nach dem Washingtoner Artenschutzübereinkommen geschützter Arten innerhalb und außerhalb der EU.

Hauptsächliche Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

EU VO Nr. 338/97 idgF, EU VO Nr. 865/2006 idgF sowie BGBl. Nr. 300/2013.

Daten die üblicherweise in diesem Zusammenhang verarbeitet werden:

Es werden nur die im Zuge der Antragstellung von Ihnen übermittelten Daten verarbeitet.

Angaben zur Speicherdauer/Löschfrist:

Unbegrenzt, aufgrund der Langlebigkeit mancher Tierarten.

Die Datenverarbeitung enthält eine automatisierte Entscheidung:

Nein.

Empfängerkategorien der Daten (Dritte); Drittländer:

Ämter der Landesregierungen bzw. MA 22.

Rechtsbelehrung:

Falls Ihre Daten zur Gänze oder zum Teil aufgrund Ihrer Einwilligung verarbeitet werden, können Sie Ihre Einwilligung jederzeit und ohne Angabe von Gründen widerrufen. Dadurch ist die weitere Verarbeitung Ihrer Daten unzulässig; die Rechtmäßigkeit der aufgrund Ihrer Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt jedoch unberührt.

Jeder Betroffene kann vom Verantwortlichen Auskunft über die über ihn verarbeiteten Daten nach Art. 15 DSGVO verlangen, weiters die Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO) und die Löschung unzulässig verarbeiteter Daten (Art. 17 DSGVO). Gegen eine Datenverarbeitung, die sich auf Art. 6 (1)(e) (Besorgung öffentlicher Aufgaben) oder auf Art. 6 (1)(f) (berechtigte Interessen eines Verantwortlichen oder eines Dritten des privaten Bereichs) stützt, kann ein Betroffener Widerspruch wegen Verletzung seiner Datenschutzinteressen nach Art. 21 DSGVO erheben. Das Widerspruchsrecht kann gesetzlich ausgeschlossen werden. Unter den Voraussetzungen des Art. 18 kann eine betroffene Person ihr Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Verantwortlichen geltend machen. Ein Recht auf Datenübertragbarkeit besteht im Umfang des Art. 20 DSGVO.

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Datenschutzbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen geltendes Datenschutzrecht verstößt.